



BRIEF AUS BERLIN – NR. 24/2016

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Gedenkstunde Nationalsozialismus
- + Asylpaket II
- + Beschlüsse Jahresauftaktklausur Nauen
- + Bundeswehrmandate
- + Hochschulstatistik-Gesetz
- + „2030-Agenda konsequent umsetzen
- + Antrag „Innovative Arbeitsforschung“
- + Bund-Länder-Finanzbeziehungen
- + E-Zigaretten/E-Shishas
- + Öffentliche Anhörung Meister-BAföG
- + SPD-Bildungskongress
- + Netzwerkabend zu Polen
- + Aktion Rote Hand

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die vergangene Sitzungswoche stand im Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 71 Jahren. Das diesjährige Gedenken galt vor allem den Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern in Nazi-Deutschland und Europa. Wir haben die Verantwortung, dass sich diese menschenverachtende Zeit nicht wiederholt und zeigen mit unserem Engagement für die Menschen, die vor Krieg flüchten und Schutz suchen, dass Deutschland sich dieser Verantwortung bewusst ist.

Mit Einigung zum Asylpaket II werden wichtige Weichen in der Flüchtlingspolitik gestellt. Familien-nachzug und der Aufenthalt in Deutschland wurden an die bestehende Situation angepasst.

In der bisherigen Regierungszeit konnte die SPD wichtige Punkte umsetzen. Mit den Beschlüssen aus der gemeinsamen Jahresauftaktklausur von SPD-Parteivorstand und dem geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion in Nauen legen wir den Kurs für 2016 fest. Zwei Kernthemen dabei sind Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Themen, über die wir diese Woche im Plenum beraten haben, waren sehr vielfältig: zwei Mandatsverlängerungen zu NATO-Einsätzen mit deutscher Beteiligung wurden beschlossen; die Reform des Hochschulstatistikgesetzes für eine bessere Nachvollziehbarkeit von Bildungswegen wurde verabschiedet; der Koalitionsantrag zu den Nachhaltigkeitszielen der 2030-Agenda der UN debattiert; im Antrag zu „innovativer Arbeitsforschung“ wurde den Herausforderungen der Digitalisierung Rechnung getragen; und mit dem Beschluss zur Tabakprodukttrichtlinie wurde unter anderem der Jugendschutz gestärkt.

Das Programm „Menschen stärken Menschen“ von Bundesministerin Manuela Schwesig soll helfen, durch Patenschaften das Zusammenleben von Geflüchteten und Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Neuorganisation der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht in eine neue Runde. Nach dem Vorschlag der Länder berichte ich über die Position der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform.

Als Berichterstatter für das Meister-BAföG lag mir die Anhörung zur Aufstiegsfortbildung besonders am Herzen. Das novellierte Förderungsgesetz stieß bei den geladenen Gästen auf breite Zustimmung.

Auf dem SPD-Bildungskongress zu Beginn der Woche diskutierten Vertreter aus Politiker, Gesellschaft und Wissenschaft über die Gleichwertigkeit im deutschen Bildungssystem. Durch meine Teilnahme an der Aktion „Rote Hand“ setzte ich ein Zeichen für das Engagement der UN gegen Kindersoldaten weltweit. Kinder sollen nicht kämpfen, sondern eine Zukunftsperspektive und Bildung bekommen. Der Netzwerkabend widmete sich diese Woche der aktuellen Situation in Polen.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!



Martin Rabanus, MdB

Bundestag gedenkt Opfern des Nationalsozialismus



Diese Woche wurde in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestags den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Seit 1996 ist der 27. Januar als Holocaust-Gedenktag gesetzlich bestimmt. Allein im Konzentrationslager Auschwitz wurden 1,1 Millionen Menschen ermordet. Juden, Homosexuelle, Sinti und Roma sowie politisch Andersdenkende fielen in Auschwitz der perfiden Ideologie und den Verbrechen der Nationalsozialisten zum Opfer. Die [Gedenkrede hielt die Holocaust-Überlebende Frau Prof. Dr. Ruth Klüger](#) vor vollbesetztem Parlament. Der Gedenkstunde wohnten nicht nur Bundestagsabgeordnete bei, sondern auch andere Vertreter deutscher Verfassungsorgane und Jugendliche aus Deutschland und aus unseren Nachbarstaaten Polen und Frankreich. Die Gedenkrede von der Zeitzeugin Frau Prof. Dr. Ruth Klüger hat alle nachhaltig beeindruckt. Deshalb gilt für uns und auch für alle zukünftigen Generationen das Gebot: Das Gedenken an diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit muss weitergetragen werden und die demokratischen Errungenschaften, die unsere Gesellschaft nach 1945 entwickelt hat, sind mit aller Kraft zu verteidigen.

Flüchtlingspolitik: Es gibt keine einfachen Lösungen



Die Menschen erwarten zu Recht spürbare Fortschritte in der Flüchtlingsproblematik. Nur wenn sich die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge deutlich verringert, kann Deutschland eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen und die vor uns liegenden Integrationsaufgaben bewältigen. Aber einfache Lösungen, wie sie von der CSU, der wahlkämpfenden Frau Klöckner und insbesondere der AfD geäußert werden, gibt es nicht.

In der Regierung verfolgen wir kontinuierlich das Ziel, die Zuwanderung von Flüchtlingen im laufenden Jahr deutlich zu verringern.

- Gemeinsam mit anderen Staaten müssen wir die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Syriens deutlich verbessern.
- Wir müssen die Außengrenzen Europas mit Hilfe der EU-Staaten und auch mit Hilfe der Türkei effektiv sichern.
- Es muss endlich die Kontingent-Lösung greifen. Nur dann wissen wir, wer kommt, wie viele kommen und wann. Zudem ist dies für Flüchtlinge viel sicherer. Sie müs-

sen sich nicht mehr den Schleppern ausliefern.

Nach harten Verhandlungen haben sich die Parteivorsitzenden auf ein Asylpaket II geeinigt, welches demnächst ins Kabinett soll und danach den Bundestag erreichen wird.

- Mit Inkrafttreten des Asylpakets II wird für subsidiär Schutzberechtigte der Familiennachzug für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt.
- Innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien soll der Familiennachzug zu bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen vorrangig berücksichtigt werden.
- Die Mahgreb-Staaten sollen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.
- In einem weiteren Gesetzgebungsvorhaben sollen mehr Rechtssicherheit und Verfahrensvereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und ausbildende Betriebe geschaffen werden.

Nach wie vor setzen wir auf europäische Lösungen, um die Errungenschaften des freien Europas, wie offene Binnengrenzen und Reisefreiheit, aufrecht zu erhalten. Schon Mitte September 2015 beschloss die Regierung, vorübergehend wieder Grenzkontrollen einzuführen, um den Andrang tausender Flüchtlinge, die über Österreich nach Deutschland kommen, zu reduzieren. Dabei werden aber nur Grenzübergänger sporadisch überprüft, die auffällig erscheinen. Flächendeckende Kontroll-

len würden ganz anders aussehen. Die Bundespolizei müsste an allen Grenzübergängen, auch auf Gebirgspfaden und Nebenstraßen, stationiert werden und außerdem an der grünen Grenze patrouillieren. Auch der gesamte Warenverkehr müsste kontrolliert werden. Die Folge wären stundenlange Staus und Milliarden Schäden für die Wirtschaft. Auch Obergrenzen würden nicht dazu führen, dass weniger Flüchtlinge in unser Land kommen (Stichwort „Grüne Grenze“).

Denjenigen, die aber bereits in unserem Land sind, müssen wir Integrationschancen bieten. Einen guten Ansatz hat Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) mit ihrem Programm „Menschen stärken Menschen“ vorgestellt. Das Programm will Patenschaften zwischen geflüchteten und hier lebenden Menschen initiieren und darüber hinaus für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Paten, Gastfamilien und Vormundschaften gewinnen. In einer ersten Etappe sollen so mindestens 25.000 neue Patenschafts-Tandems zusammenfinden. Träger sind unter anderem die freien Wohlfahrtsverbände, muslimische Verbände, Migrantenorganisationen, der Stiftungssektor und weitere Akteure der Zivilgesellschaft, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen oder auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros. Interessierte und engagementbereite Bürgerinnen und Bürger können sich unter der Rufnummer 0800 / 200 50 70 über das Programm „Menschen stärken Menschen“ informieren.

SPD-Klausurtagung in Nauen – Integrationspaket und Modernisierungspakt



Auf ihrer Klausurtagung im brandenburgischen Nauen hat die SPD wichtige Weichen gestellt für das politische Jahr 2016. Im Mittelpunkt der Beschlüsse: Gute und schnelle Integration, Sicherheit, der Zusammenhalt der Gesellschaft und Investitionen in den wirtschaftlichen Erfolg – für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg in einer offenen Gesellschaft.

Beim dominierenden Thema rund um den Flüchtlingszuzug ziehen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Tempo an – und nehmen die Kanzlerin in die Pflicht, ihre Hausaufgaben zügig zu erledigen. Um 2016 die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, zu bremsen, muss vor allem auf europäischer Ebene gehandelt werden: Es geht um Solidarität innerhalb der EU, um größere Unterstützung für die Herkunftsregionen, um sichere EU-Außengrenzen und in der Folge um feste Kontingente. SPD-Chef Sigmar Gabriel lässt keinen Zweifel daran, dass die Kanzlerin hier schnell Ergebnisse vorlegen muss.

Gleichzeitig macht die SPD Druck für eine schnelle und gute Integration von Flüchtlingen – und dafür, dass die Gesellschaft bei der schwierigen Aufgabe zusammenbleibt. Konkret heißt das unter anderem: Deutlich mehr be-

zahlbare Wohnungen, Qualifizierung und Arbeitsplätze, 80.000 zusätzliche Kita-Plätze, 20.000 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher und 25.000 für Lehrkräfte. Von den Menschen, die kommen, verlangt die SPD, dass sie die hiesigen Grundwerte teilen und respektieren – zusammengefasst in den ersten 20 Artikeln des Grundgesetzes.

Als weiteren Schwerpunkt in Nauen diskutierten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über Konzepte, wie das Land auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich bleibt – für gute Arbeit und den Wohlstand von morgen. Heute stehe Deutschland noch gut da, stellte Gabriel fest, warnte aber auch: „Wir leben von der Substanz.“ Darum fordert die SPD, kräftig zu investieren: in die Verkehrsinfrastruktur, in modernste Datennetze, in Bildung, Forschung und Entwicklung und in Fachkräfte. Gute Straßen und Schienennetze, Elektroautos, schnelles Internet, Schulen, Kitas, Universitäten und vieles mehr. Es geht um öffentliche und um private Investitionen – insgesamt rund 60 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. Ein Modernisierungspakt für Deutschland.

Die Gesellschaft zusammenhalten und die Wirtschaft modernisieren – das steht im Mittelpunkt der SPD-Politik 2016.

[Alle Beschlüsse der SPD-Klausurtagung, zum Beispiel für eine moderne Frauenpolitik, zum Kampf gegen Rechts und für mehr Sicherheit können hier nachgelesen werden.](#)

Bundeswehrmandate: Mali und Irak verlängert



Die Bundesregierung hat beschlossen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmision der Vereinten Nationen in Mali“ (MINUSMA) auszuweiten. Dies beinhaltet die Erhöhung der Mandatsobergrenze von 150 auf 650 Soldatinnen und Soldaten. Zu den Kernaufgaben der Mission gehört es, zuerst die Waffenruhe und danach das Friedensabkommen abzusichern. Da die Sicherheitslage in der Region angespannt bleibt, hat Deutschland ein großes Interesse daran, Terrorismus, Kriminalität und Verarmung, die starke Auswirkungen auch auf Europa haben können, gemeinsam mit seinen Partnern entgegenzutreten.

Des Weiteren hat der Bundestag entschieden die deutsche Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte fortzusetzen. Hierzu werden 50 weitere Soldaten in die Region geschickt und die angebotenen Lehrgänge ausgeweitet. Diese Kombination von militärischer Ausbildung, humanitärer Hilfe und Entwicklungsarbeit ist Teil der internationalen Bemühen im Kampf gegen den IS.

Hochschulstatistik verbessern – lebenslanges Lernen besser abbilden



Voraussetzung für eine effektive Steuerung der Hochschulpolitik ist eine gute Datenlage. Nur auf Basis zuverlässiger Statistiken über Studierende, Promovierende und das Personal lassen sich begründete und nachhaltige hochschulpolitische Entscheidungen treffen und anschließend auch auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Das Hochschulstatistikgesetz bildet die letzten großen Änderungen im Hochschulbereich, so etwa die Bologna-Reform, bislang noch nicht ab. Das vorliegende Gesetz reagiert die Einführung der gestuften Studiengänge. Wir führen dafür eine Studienverlaufs- und Promovierenden-statistik ein und schaffen eine zentrale *Auswertungsdatenbank Hochschulstatistik*. Damit werden Informationen über Fachwechsel, Studienabbrüche und Übergänge vom Bachelor in den Master aber auch über Gasthörer verbessert. Wir konnten durchsetzen, die erste Datenerhebung erst im Sommersemester 2017 durchzuführen und geben den Hochschulen genügend Zeit zur Umsetzung. Damit lebenslanges Lernen und Weiterbildung besser nachvollzogen werden können wird der Datenzeitraum ausgeweitet.

„2030-Agenda“ konsequent umsetzen



Diese Woche hat der Bundestag das erste Mal über den Antrag der Koalitionsfraktionen zur aktiven Umsetzung der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung (2030-Agenda) beraten. Hier wurde gefordert, dass die von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ durch entsprechende Maßnahmen auf allen politischen Ebenen unterstützt werden. Außerdem soll das Parlament und die zivile Gesellschaft stark an diesem Prozess beteiligt werden.

Die 2030 Agenda listet 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, welche die Millenniumsziele aus dem Jahr 2000 ablösen. Sie sind universell gehalten und gelten auch für Industrieländer. Hauptziele sind die Bekämpfung von Hunger und Armut, sowie die Verringerung der Ungleichheit zwischen Staaten und den Geschlechtern.

Den Koalitionsfraktionen zufolge geht es um nichts Geringeres als die Frage, wie wir in Zukunft leben werden und ob zukünftige Generationen ein intaktes Ökosystem als Basis für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen bekommen.

Innovative Arbeitsforschung zur Humanisierung der Arbeitswelt



Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt nachhaltig verändern. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten, indem wir die Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung nutzen, zugleich aber Risiken für alte Beschäftigungsformen und die bewährte Form der Mitbestimmung minimieren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir in einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen die Vorlage des Grünbuchs „Arbeiten 4.0“ und den damit begonnenen Dialogprozess sowie das angekündigte Rahmenprogramm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ mit einer finanziellen Grundausstattung von rund einer Milliarde Euro bis 2020. Es soll gewährleistet sein, dass die Netzwerke, Plattformen und Initiativen von Bund und Ländern in die Projekte des Arbeitsforschungsprogramms eingebunden werden und bei verschiedenen Forschungsprogrammen eine engere Einbeziehung der Sozialpartner sichergestellt werden. Im Rahmen der Projektförderung sollte zudem ein Schwerpunkt auf Fragen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer modernen Arbeitswelt gelegt werden.

Bund-Länder-Finanzbeziehungen sorgfältig beraten



Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, zukunftsfeste Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu schaffen, die die Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen in allen Regionen sichern sollen. Die Länder haben nun einen Vorschlag vorgelegt, der das bisherige System eines solidarischen Finanzausgleichs zwischen den Ländern unter Beteiligung des Bundes nachhaltig verändern soll und drängen auf eine schnelle Entscheidung.

Vorschlag der Länder:

Der bisherige Länderfinanzausgleich soll abgeschafft und durch ein neues System ersetzt werden. Der horizontale Ausgleich zwischen den Landeshaushalten, der immer wieder zu Streit zwischen den „Gebern“ und „Nehmern“ sorgte, soll abgeschafft werden, Bundesmittel sollen den Ausgleich kompensieren. Dies würde den Bund dann 9,6 Mrd. Euro im ersten Jahr kosten, ab dem Jahr 2020 würden die Kosten jedoch dynamisch steigen. Die Abhängigkeit der finanzschwachen Länder vom Bund würde zunehmen und die „Geberländer“ würden gestärkt.

Unsere Position:

Abgesehen davon, dass die Länder quasi einen „Vertrag zu Lasten Dritter“ (denn der Bund muss wesentlich mehr zahlen), geschlossen haben, brauchen wir wegen der Tragweite der Entscheidung ausreichend Zeit für eine breite Diskussion. Es müssen zunächst die haushalterischen Auswirkungen für die einzelnen Ebenen und die verfassungsrechtlichen Konsequenzen nachvollziehbar geprüft werden.

- Den Rückzug der ausgleichspflichtigen Länder aus dem bisher solidarischen Ausgleich zwischen den Bundesländern sehen wir kritisch. Insbesondere Bayern und Baden-Württemberg würden damit erheblich gestärkt.
- Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht aus gutem Grund in unserem Grundgesetz. Es darf zu keiner Regionalisierung sozialer Leistungsstandards in einzelnen Bundesländern kommen.
- Auch der Bund muss handlungsfähig bleiben. Ab dem Jahr 2020 könnten dem Bund 30 - 35 Mrd. Euro (inkl. Wegfall Soli) in der Kasse fehlen.
- Zudem wollen wir unser Ziel, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und für den Bund wieder eine Gesetzgebungskompetenz für die soziale Wohnraumförderung zu schaffen, bei den Verhandlungen einbringen.
- Ebenfalls streben wir eine Bundessteuerverwaltung an, um einen einheitlicheren und gerechteren Vollzug der Steuergesetze sicherzustellen.

Junge Menschen vor den Gefahren von E-Zigaretten schützen



E-Zigaretten und E-Shishas sind bei vielen Kindern und Jugendlichen beliebt. Allerdings zeigen aktuelle Studien, dass diese Produkte gesundheitsgefährdend sind. Beim Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas erhöht sich die Gefahr, an Krebs oder einer Lungenschädigung zu erkranken. Denn beim Inhalieren der Flüssigkeiten werden krebserregende Chemikalien wie Formaldehyd, Nickel und Chrom eingeatmet. Hinzu kommt: Der Konsum ist ein ritueller Einstieg in das Rauchverhalten. Daher ist der [Gesetzentwurf zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und Shishas](#) in den Fraktionen des Deutschen Bundestags auf breite Übereinstimmung gestoßen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Abgabe- und Konsumverbote von Tabakwaren auf E-Zigaretten und E-Shishas auszuweiten. Sowohl in Geschäften als auch im Online-Versandhandel sollen die gesundheitschädigenden Produkte nicht mehr an unter 18-Jährige verkauft werden dürfen. Das geplante Konsum- und Abgabeverbot von E-Zigaretten und E-Shishas wird von Experten einhellig begrüßt.

Anhörung zum Meister-BAföG – breite Zustimmung zur Gesetzesnovelle



In der Anhörung zum so genannten Meister-BAföG im Bildungsausschuss brachten die geladenen Experten der Novelle breite Zustimmung entgegen. Die Experten von Handwerk, Gewerkschaften, Industrie und Wissenschaft empfanden den vorliegenden Gesetzentwurf als gute Grundlage für eine zukunftsgerechte und attraktive Weiterbildungsfinanzierung. Die Novelle ist aus meiner Sicht ein deutlicher Schritt zu mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung. Im Haushaltsverfahren 2016 haben wir vereinbart, dass Zuschüsse zu Maßnahme- und Unterhaltsbeitrag sowie der Bestehensersatz erhöht werden. Ausgeweitete Familienkomponenten und Vereinfachungen zur Fortbildungsdichte bauen Hinderungsgründe für Weiterbildungswillige weiter ab. Der Gesetzesentwurf schafft mehr Gleichwertigkeit von beruflicher akademischer Bildung und die nötigen zeitlichen und finanziellen Spielräume für Berufstätige und deren Familien. Ziel der SPD bleibt die echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Die Anhörung kann als [Video auf den Seiten des Bundestages](#) abgerufen werden und [auf meiner Homepage findet sich eine Pressemitteilung zum nachlesen](#).

SPD-Bildungskonferenz im Willy-Brandt-Haus



Diese Woche fand auch der Bildungskongress der SPD mit insgesamt 200 Teilnehmern statt: Politisch Verantwortliche der SPD aus Bund, Länder und Kommunen, der relevanten Verbände, Interessenvertretungen, Gewerkschaften und Stiftungen sowie Projekte und Initiativen aus dem Bildungsbereich versammelten sich im Willy-Brandt-Haus, um die Frage zu diskutieren, was wir in Deutschland im Bildungsbereich noch besser machen können.

Ausgangspunkt des Kongresses ist die Überlegung, dass das deutsche Bildungssystem gut, aber eben noch immer nicht gut genug ist. Herkunft und Geldbeutel entscheiden in Deutschland noch immer zu stark über den Bildungserfolg. Chancengleichheit in der Bildung ist jedoch die Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Zielsetzung des Kongresses war es daher, den Anspruch der SPD als Bildungspartei zu untermauern und die Erfolge sozialdemokratischer Bildungspolitik in Bund und Ländern darzustellen.

Ebenso wurden die aktuellen Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages im Dezember 2015 kommuniziert und diskutiert. Gleichzeitig war der Kongress ganz bewusst Teil der Perspektivdebatte der Partei, auf dem Weg zu einem Regierungsprogramm 2017. So stand auch das Veranstaltungsformat World Café auf der Agenda, bei der ich als einer von 10 Bildungspolitikern ein World Café moderiert habe und mit den Teilnehmern über die Fragen „Was ist gut am deutschen Bildungssystem?“, „Was ist nicht so gut?“ und „Was muss die SPD als Bildungspartei noch konkret anpacken?“ diskutiert habe.

Auch Sigmar Gabriel skizzierte die Lage der Bildung in seiner Rede und die Einladung einer Gastrednerin aus dem europäischen Ausland, der französischen Ministerin für nationale Erziehung, höhere Bildung und Forschung aus Frankreich, Najat Vallaud-Belkacem, setzte bewusst Impulse über die aktuelle Debatte in Deutschland hinaus. Beide Beiträge wurden sodann in einer anschließenden Podiumsdiskussion von den verschiedenen Akteuren wie beispielweise von dem Regierenden Bürgermeister Berlins, Michael Müller, Rüdiger Grube, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, oder Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, aufgenommen, untereinander diskutiert und durch Statements von aus der Praxis Betroffenen oder Azubis ergänzt. Alle diskutierten Vorschläge wurden während des Kongresses schriftlich festgehalten und finden Eingang in die politische Debatte.

Polen Quo vadis? – Netzwerkabend zu Zukunft Polens und Rolle in der EU



Mit Blick auf die Entwicklungen in Europa stand der Netzwerkabend des Netzwerk Berlin unter dem Motto „Polen: Kehrt der Antiliberalismus in Europa zurück“. Unser Gast Piotr Buras, Leiter des Warschauer Büros des *European Council on Foreign Relations*, gab einen Überblick über die Entwicklungen in Polen nach dem Regierungswechsel im Oktober 2015. Er äußerte in seinem Eingangsvortrag tiefe Sorge über die Entwicklung Polens unter der nationalkonservativen Regierung.

In der folgenden Diskussion mit den anwesenden Gästen wurde über Polens Rolle in der EU und Parallelen zum antiliberalen Kurs Ungarns gesprochen. Mit Blick auf die Flüchtlingsbewegungen in Europa begründete Buras die ablehnende Haltung Polens gegen Flüchtlinge mit Polens wenigen Erfahrungen mit dem Multikulturalismus als Gesellschaftsmodell. Buras sieht auch eine weitere Eintrübung der deutsch-polnischen Beziehungen. Deshalb sei es wichtig, aufrichtiges Interesse zu zeigen, am Dialog festzuhalten und eine klare Haltung zu unseren gemeinsamen europäischen Werten und dem Rechtsstaatprinzip zu bewahren.

Aktion „Rote Hand“ setzt Zeichen im Bundestag



Am Donnerstag beteiligte ich mich gemeinsam mit weiteren Parlamentariern an der Aktion „Rote Hand“ im Deutschen Bundestag. Zusammen wollen wir auf das Schicksal von Minderjährigen als Soldaten weltweit aufmerksam machen.

Weltweit werden etwa 300.000 Kinder in Kriegsgebieten als Soldaten missbraucht. Das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ächtet den Missbrauch von Minderjährigen als Soldaten. Zum Inkrafttreten des Protokolls gab es erste Aktionen mit roten Händen, die jährlich weltweit wiederholt werden, in Deutschland seit 2004. Ziel der Konvention ist die Entwaffnung und Wieder-eingliederung der Kinder in die Gesellschaft.

Jeder Handabdruck ist ein Aufruf an die Vereinten Nationen das Rekrutierungs- und Einsatzverbot von Minderjährigen in bewaffneten Auseinandersetzungen durchzusetzen und so Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen. Kinder sind wehrlos. Wir müssen sie schützen und ihnen Perspektiven bieten. Dazu gehören auch das Recht auf Bildung und Frieden.

Pressemitteilungen

29.01.2016

[Martin Rabanus übergibt Lesestart-Sets in
Stadtbücherei Bad Camberg](#)

28.01.2016

[Hochwertig, vielseitig, dynamisch: Martin
Rabanus besucht ENGEL Elektroantriebe GmbH
in Walluf](#)

Termine

30.01.2016

Raketensitzung der Gockel, Taunusstein

02.02.2016

Vorstand SPD Rheingau-Taunus, Bad Schwal-
bach

03.02.2016

Gesamtelternbeirat Taunusstein

Termine in kursiv sind öffentlich